



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

42/2013 18.10.2013

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer



Neu:

Barbara Leitl-Staudinger

[Einführung ins öffentliche Recht](#)

Das Lehrbuch „Einführung ins öffentliche Recht“ stellt das österreichische Verfassungs- und Verwaltungsrecht in seinen Grundzügen und unter Bedachtnahme auf die unionsrechtlichen Zusammenhänge dar und berücksichtigt bereits das Recht der Verwaltungsgerichtsbarkeitsreform 2012. 28,- EUR, 4. Auflage, 226 Seiten, Harteinband, gebunden, Stand 1. August 2013, ISBN 978-3-902883-09-4

Neu:

[Zeitschrift für Energie- und Technikrecht \(ZTR\) 3/2013](#)

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl I 198/2013](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über das Wirksamwerden der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über eine Änderung der **Vereinbarung** gemäß Art. 15a B-VG über die **Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen** gegenüber den Ländern Burgenland und Niederösterreich

[BGBl I 199/2013](#)

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG, mit der die **Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens**, BGBl. I Nr. 105/2008 geändert wird (Anpassung dieser Vereinbarung an die Erfordernisse der Zielsteuerung-Gesundheit)

[BGBl I 200/2013 \(Anhang\)](#)

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG **Zielsteuerung-Gesundheit** (Implementierung eines partnerschaftlichen Zielsteuersystems zur Koordinierung der Planung und Steuerung von Struktur und Organisation der österreichischen Gesundheitsversorgung sowie zur Wahrnehmung einer gemeinsamen Finanzverantwortung für die österreichische Gesundheitsversorgung; Verbesserung der Abstimmung zwischen den verschiedenen Sektoren des Gesundheitswesens (insbesonde-

re zwischen niedergelassenem Versorgungsbereich und den Krankenanstalten); Weiterentwicklung von Organisation und Steuerungsmechanismen auf Bundes- und Landesebene nach dem Prinzip der Wirkungsorientierung)

[BGBl I 201/2013 \(Anlage 1, Anlage 2\)](#)

2. Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Wien über **Vorhaben des Hochwasserschutzes** im Bereich der österreichischen Donau

[BGBl I 202/2013](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die Aufhebung des **§ 365I der Gewerbeordnung 1994** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl II 300/2013 \(Anhänge\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über die Kennzeichnung von Exemplaren wildlebender Tierarten (**Arten – Kennzeichnungsverordnung 2013 – ArtKV**)

[BGBl II 303/2013](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend die **Festlegung der Abwicklungsstelle nach dem Wasserbautenförderungsgesetz 1985**

[BGBl II 304/2013](#)

Verordnung der Bundesregierung, mit der die Verordnung der Bundesregierung über die **Geschäftsordnung des Zivildienstbeschwerderates** beim Bundesministerium für Inneres – GO-ZDR geändert wird

[BGBl II 305/2013 \(Anlagen\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit zur **Dokumentation im ambulanten Bereich**

[BGBl III 277/2013 \(Anlage\)](#)

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über die **Nachnutzung der ehemaligen österreichisch-deutschen gemeinschaftlichen Grenzzollämter**

[BGBl III 278/2013 \(Anlage\)](#)

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der **Republik Kosovo** über **Zusammenarbeit und gegenseitige Amtshilfe in Zollsachen** samt Anhang

[BGBl III 279/2013 \(Anlage\)](#)

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der **Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts** über den **Sitz des Back-up-Systems** der Agentur

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 274 v 15.10.2013, 1](#)

Beschluss des Rates vom 23. September 2013 über die **Sicherheitsvorschriften für den Schutz von EU-Verschlusssachen**

III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

A. Verfassungsgerichtshof

13.09.2013, [G 61/2013](#)

Vlbg WettenG; Zurückweisung des Individualantrags auf Aufhebung des Vlbg WettenG angesichts fehlender Bedenken gegen alle Bestimmungen des Gesetzes sowie wegen Zumutbarkeit der Bekämpfung einer unter Auflagen erteilten Bewilligung zur Ausübung der Tätigkeit eines Wettunternehmers (Vermittlung von Wettkunden); keine rechtliche Betroffenheit der antragstellenden Gesellschaft durch das **Verbot unsittlicher Wetten sowie von Livewetten**

13.09.2013, [U 1349/2013](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des **Antrags auf internationalen Schutz** mangels Erfüllung der rechtsstaatlichen **Mindestanforderungen an die Begründung** einer gerichtlichen Entscheidung

13.09.2013, [U 1407/2013](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des **Status einer subsidiär Schutzberechtigten** und Ausweisung der Beschwerdeführerin nach Kamerun mangels Auseinandersetzung mit dem Beschwerdevorbringen, der Familiensituation und den aktuellen Länderberichten

16.09.2013, [B 1450/2012](#)

RechtsanwaltsO; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Versagung der **Wiedereintragung in die Liste der Rechtsanwälte** wegen Vertrauensunwürdigkeit

16.09.2013, [B 361/2013](#)

GefahrgutbeförderungsG; Feststellung einer Verletzung im Recht auf Entscheidung innerhalb angemessener Frist durch Verhängung einer Verwaltungsstrafe wegen **vorschriftswidriger Beförderung gefährlicher Güter**; vor allem **ungewöhnlich lange Dauer des Verfahrens** von mündlicher Verkündung bis zur Zustellung des angefochtenen Bescheides; Aufhebung des Bescheides im Strafausspruch und im Kostenausspruch

16.09.2013, [U 784/2013](#)

AsylG; **AVG**; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des **Wiederaufnahmeantrags** eines iranischen Staatsbürgers mangels Durchführung eines **ordnungsgemäßen Ermittlungsverfahrens** in entscheidungswesentlichen Punkten

16.09.2013, [U 842/2013](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Antrags eines pakistanischen Staatsbürgers auf **internationalen Schutz** und Ausweisung nach Pakistan **mangels Auseinandersetzung** mit dem Beschwerdevorbringen sowie mit dem Vorliegen einer innerstaatlichen Fluchtalternative; Verweis auf eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes kein Ersatz für eigene Feststellungen

17.09.2013, [W I 4/2013](#)

Nö Landtags-GeschäftsO; **Nö LandtagswahlO**; keine Stattgabe der – vom Grünen Klub im niederösterreichischen Landtag sowie von zwei Wahlwerbern eingebrachten – Anfechtung der **Wahl der niederösterreichischen Mitglieder und Ersatzmitglieder des Bundesrates**; Aufteilung der Bundesratsmandate nach dem Verhältnis der den Parteien im Landtag zukommenden Abgeordnetensitze

18.09.2013, [W III 3/2013](#)

VolksbefragungsG; ParteienG; Zurückweisung einer weiteren Anfechtung der **Wiener Volksbefragung im März 2013** durch eine politische Partei mangels Legitimation

18.09.2013, [W III 4/2013](#)

VolksbefragungsG; Wr VolksbefragungsG; Wr Stadtverfassung; Wr GemeindewahlO; Zurückweisung einer Anfechtung der **Wiener Volksbefragung im März 2013** mangels Legitimation einer – in einer Bezirksvertretung vertretenen – politischen Partei bzw einer Einzelperson sowie einer nicht stimmberechtigten Unionsbürgerin; kein Verstoß der **Beschränkung der Stimmberechtigung** bei der Volksbefragung **auf österreichische Staatsbürger** gegen Unionsrecht

B. Verwaltungsgerichtshof

07.08.2013, [2012/06/0225](#)

Stmk BauG; Erlassung eines Beseitigungsauftrags betreffend diverser konsenslos errichteter Flugdächer/Schuppen; die gegenständlichen baulichen Anlagen können bereits auf Grund ihrer Größe und wegen ihrer Lage im Freiland nicht bewilligungsfrei sein; gem § 41 Abs 3 Stmk BauG hindert ein Ansuchen um nachträgliche Erteilung einer Baubewilligung nicht die Erlassung eines Beseitigungsauftrags

23.08.2013, [2010/03/0190](#)

TelekommunikationsG; Festsetzung **wechselseitiger Zusammenschaltungsentgelte** im Zusammenschaltungsverhältnis zweier Betreiber von öffentlichen Telekommunikationsnetzen; keine schlüssige Begründung der belangten Behörde, dass das angewendete **Top Down Modell** dem geforderten Maßstab genüge; diesem Verfahrensmangel kommt auch Relevanz zu, weil sich die belangte Behörde primär darauf gestützt hat, die von der Mitbeteiligten geforderten und im angefochten Bescheid festgelegten Entgelte seien ohnehin niedriger als die von den Amtssachverständigen ermittelten; werden bei der Top Down Berechnung aber vorhandene Ineffizienzen nicht eliminiert, schlägt dies auch bei einem „**Hybridmodell**“, das das arithmetische Mittel zwischen dem Top Down- und dem Bottom Up-Modell (ohne weitere Gewichtung) darstellt, auf das Ergebnis durch, verfälscht dieses also, noch dazu dann, wenn eine derartige Diskrepanz zwischen den Ergebnissen der beiden Modelle besteht

23.08.2013, [2011/03/0094](#)

EisenbahnG; AVG; Erteilung einer eisenbahnrechtlichen Baugenehmigung für die Errichtung einer Beileitung; die **Manuktionspflicht** verpflichtet die Behörde nicht dazu, einer Partei Unterweisungen für die Gestaltung eines für sie vorteilhaften Vorbringens zu geben; gegen die Interessenabwägung der belangten Behörde besteht auf dem Boden einer schlüssigen Argumentation keine Bedenken

27.08.2013, [2012/06/0153](#)

Tir BauO; bei einem Vordach mit einer Auskragung von 1 m handelt es sich um einen **untergeordneten Bauteil**, der bei der **Berechnung der Mindestabstände** außer Betracht bleibt; dass das gegenständliche Projekt nicht die Vorgaben des Bebauungsplanes aus dem Jahr 1988 einhält, verletzt die Bf in keinem Nachbarrecht, weil dieser Bebauungsplan im vorliegenden Verfahren nicht mehr anzuwenden war

11.09.2013, [2010/04/0032](#)

MineralrohstoffG; GewO 1994; Auftrag zur Einstellung jeglicher Abbautätigkeit; die in § 80 Abs 1 GewO 1994 vorgesehene Rechtsfolge des **Erlöschens der Genehmigung der Betriebsanlage** tritt mit Ablauf der dort genannten Frist ipso iure ein, ohne dass es dafür eines behördlichen Ausspruchs bedarf; die ausschlaggebende Unterscheidung für die Abgrenzung des § 80 Abs 1 und des § 83 GewO 1994 hängt nach der hg Rsp von dem dahinter stehenden Willen des Anlageneinhabers ab

11.09.2013, [2011/04/0140](#)

MineralrohstoffG; Abweisung eines Antrags auf **Genehmigung eines Gewinnungsbetriebsplanes** sowie auf **Bewilligung einer Bergbauanlage**; die einer Genehmigung entgegenstehenden **Versagungsgründe** des § 82 MineralrohstoffG stellen ausdrücklich auf (bestimmte) gewidmete und im Flächenwidmungsplan ausgewiesene Gebiete ab; ein Widerspruch zur „Raumordnung und örtlichen Raumplanung“ stellt iSd § 83 Abs 1 Z 1 MineralrohstoffG keinen unbedingten Versagungsgrund dar, sondern ist nur als eines von mehreren Kriterien bei der Interessenabwägung zu berücksichtigen; die **Parteistellung** ist auf Gemeinden eingeschränkt, die an die Standortgemeinde unmittelbar angrenzen

11.09.2013, [2011/04/0221](#)

MineralrohstoffG; Vorschreibung von Staubmessungen nach erfolgter Nachbarbeschwerde gegen einen Gewinnungsbetriebsplan; die Behörde hat mit den erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen gem § 179 Abs 2 MineralrohstoffG auch dann vorzugehen, wenn die **Genehmigung des Gewinnungsbetriebsplanes** (samt allfälliger Auflagen) schon **rechtskräftig** erteilt wurde; die Beurteilung einer tatsächlichen Gefährdung bzw einer unzumutbaren Belästigung haben in Bezug auf den nächstgelegenen Nachbarn zu erfolgen

11.09.2013, [2012/04/0021](#)

GaswirtschaftsG 2011; aufgrund der **präventiven Klauselkontrolle** steht der belangten Behörde gem § 125 Abs 5 GaswirtschaftsG 2011 nur die Kompetenz zu, die (weitere) Anwendung der angezeigten AGB pro futuro zu untersagen; eine Anwendung der angezeigten AGB vor einer fristgerechten Entscheidung der Regulierungsbehörde ist nicht zulässig; die belangte Behörde stützte die **Untersagung der Anwendung der AGB** ausdrücklich auf die Auffassung, diese seien „rechtswidrig“ und beschäftigte sich nicht mit der Frage, inwieweit den untersagten AGB ein gesetzliches Verbot oder eine Sittenwidrigkeit entgegen stünde; der Verfahrensmangel des Fehlens einer Begründung im angefochtenen Bescheid kann auch durch Ausführungen in der Gegenschrift nicht mehr behoben werden

11.09.2013, [2012/04/0146](#)

GewO 1994; Löschung einer Gewerbeberechtigung für das Gastgewerbe aus dem Gewerberegister; nach Rsp des VwGH stellt eine **Nichtigerklärung nach § 68 Abs 4 AVG eine Ermessensentscheidung** dar, die auch ausreichend zu begründen ist; im Zuge der Ermessensausübung sind die nachteiligen Wirkungen des Bescheides in Bezug auf das öffentliche Interesse, das durch die verletzte Norm geschützt ist, gegen allfällige Nachteile, welche die Nichtigerklärung des Bescheides für die rechtlichen Interessen des Betroffenen mit sich brächte, abzuwägen

11.09.2013, [2013/04/0084](#)

GewO 1994; die **Entziehung der Gewerbeberechtigung** erfordert einerseits (als auslösendes Ereignis) die Verwirklichung eines Gewerbeausschlussgrundes (gegenständlich die noch nicht getilgte Verurteilung iSd § 13 Abs 1 Z 1 lit b und Z 2 GewO 1994) und andererseits die Prognose über die Wiederholung der Tat ua anhand des Persönlichkeitsbildes des Verurteilten, in das auch frühere, bereits getilgte Bestrafungen einfließen können; die belangte Behörde gelangte nach der neuerlichen Verurteilung des Bf wegen schwerer Körperverletzung unbedenklich zu dem Ergebnis, dass die genannte **Wiederholungsgefahr** gegeben ist

11.09.2013, [2013/04/0107](#)

GewO 1994; Entziehung der Gewerbeberechtigung aufgrund wiederholter Verwaltungsübertretungen; bei den in Rede stehenden **Übertretungen des AusländerbeschäftigungsG** spricht die „Art der verletzten Schutzinteressen“ für ein Vorliegen **schwerwiegender Verstöße iSd § 87 Abs 1 Z 3 GewO 1994**; schwere Verletzungen sind etwa dann anzunehmen, wenn die Verstöße trotz erfolgter Bestrafung wiederholt begangen wurden

11.09.2013, [2013/04/0110](#)

AVG; bei der Beurteilung, ob eine behördliche Erledigung einen Bescheid darstellt, kommt es auf die **objektiven Merkmale eines Bescheides** an; bringt die sprachliche Gestaltung einen **normativen Inhalt** nicht zweifelsfrei zum Ausdruck, liegt kein Bescheid vor

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[17.10.2013, Rs C-597/12 P, Isdin / HABM und Bial-Portela](#)

Rechtsmittel – **Gemeinschaftsmarke – Widerspruchsverfahren** – Anmeldung der Gemeinschaftswortmarke ZEBEXIR – Ältere Wortmarke ZEBINIX – **Relative Eintragungshindernisse** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 8 Abs 1 Buchst b – Begründungspflicht

[17.10.2013, verb Rs C-566/11, C-567/11, C-580/11, C-591/11, C-620/11 und C-640/11, Iberdrola und Gas Natural](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Schutz der Ozonschicht** – System für den **Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten** in der Gemeinschaft – Methode der **Zuteilung der Zertifikate** – Kostenlose Zuteilung der Zertifikate

[17.10.2013, Rs C-555/11, EEAE ua](#)

Richtlinie 2002/92/EG – **Versicherungsvermittlung** – Ausschluss der von einem Versicherungsunternehmen oder einem unter seiner Verantwortung tätigen Angestellten ausgeübten Tätigkeiten – Möglichkeit für diesen Angestellten, gelegentlich Tätigkeiten der Versicherungsvermittlung auszuüben – **Berufliche Anforderungen**

[17.10.2013, Rs C-533/11, Kommission / Belgien](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 91/271/EWG – **Behandlung von kommunalem Abwasser** – Urteil des Gerichtshofs, mit dem eine **Vertragsverletzung** festgestellt wird – Nichtdurchführung – Art 260 AEUV – Finanzielle Sanktionen – **Verhängung eines Pauschalbetrags und eines Zwangsgelds**

[17.10.2013, Rs C-391/12, RLvS](#)

Richtlinie 2005/29/EG – **Unlautere Geschäftspraktiken** – Persönlicher Anwendungsbereich – **Irreführende Unterlassungen in als Information getarnter Werbung** – Regelung eines Mitgliedstaats, nach der entgeltliche Veröffentlichungen ohne die Kennzeichnung als ‚Anzeige‘ verboten sind – Vollständige Harmonisierung – Strengere Maßnahmen – **Pressefreiheit**

[17.10.2013, Rs C-291/12, Schwarz](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Biometrischer Reisepass – Digitale Fingerabdrücke** – Verordnung (EG) Nr 2252/2004 – Art 1 Abs 2 – Gültigkeit – Rechtsgrundlage – Verfahren zum Erlass der Verordnung – Art 7 und 8 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Recht auf Achtung des Privatlebens – Recht auf Schutz personenbezogener Daten** – Verhältnismäßigkeit

[17.10.2013, Rs C-280/11 P, Conseil / Access Info Europe](#)

Rechtsmittel – **Recht auf Zugang zu Dokumenten der Organe** – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Art 4 Abs 3 Unterabs 1 – **Schutz des Entscheidungsprozesses der Organe** – Note des Generalsekretariats des Rates zu den im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Reform eben dieser Verordnung Nr. 1049/2001 vorgelegten Vorschlägen – Teilweiser Zugang – Verweigerung des Zugangs zu Angaben über die Identität der Mitgliedstaaten, die diese Vorschläge verfasst haben

[17.10.2013, Rs C-218/12, Emrek](#)

Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Art 15 Abs 1 Buchst c – **Zuständigkeit bei Verbrauchersachen** – Etwaige Beschränkung dieser Zuständigkeit auf **im Fernabsatz geschlossene Verträge** – Kausalzusammenhang zwischen der über das Internet auf den Wohnsitzmitgliedstaat des Verbrauchers ausgerichteten beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit und dem Vertragsschluss

[17.10.2013, Rs C-210/12, Sumitomo Chemical](#)

Patentrecht – Pflanzenschutzmittel – Ergänzendes Schutzzertifikat – Verordnung (EG) Nr 1610/96 – Richtlinie 91/414/EWG – Notgenehmigung für das Inverkehrbringen gemäß Art 8 Abs 4 dieser Richtlinie

[17.10.2013, Rs C-203/12, Billerud Karlsborg und Billerud skärblacka](#)

Richtlinie 2003/87/EG – **System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten – Sanktion wegen Emissionsüberschreitung** – Begriff der Emissionsüberschreitung – Gleichsetzung mit einer Verletzung der Verpflichtung, innerhalb der von der Richtlinie vorgeschriebenen Fristen eine zur Abdeckung der Emissionen des Vorjahres ausreichende Zahl von Zertifikaten abzugeben – **Fehlen eines Befreiungsgrundes, wenn über die nicht abgegebenen Zertifikate tatsächlich verfügt wurde**, abgesehen vom Fall höherer Gewalt – Unmöglichkeit der Anpassung der Sanktion – Verhältnismäßigkeit

[17.10.2013, Rs C-184/12, UNAMAR](#)

Übereinkommen von Rom über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht – Art 3 und 7 Abs 2 – **Wahlfreiheit der Parteien** – Grenzen – Zwingende Vorschriften – Richtlinie 86/653/EWG – **Selbständige Handelsvertreter** – Verträge über den Ver- oder Ankauf von Waren – Beendigung des Handelsvertretervertrags durch den Auftraggeber – Nationale Umsetzungsvorschriften, die einen **über die Mindestanforderungen der Richtlinie hinausgehenden Schutz** und außerdem einen Schutz der Handelsvertreter im Rahmen von **Dienstleistungsverträgen** vorsehen

[17.10.2013, Rs C-181/12, Welte](#)

Freier Kapitalverkehr – ex-Art 56 EG bis 58 EG – **Erbschaftsteuern** – Erblasser und Erbe mit **Wohnsitz in einem Drittland** – Nachlassvermögen – **In einem Mitgliedstaat belegenes Grundstück** – Anspruch auf Inanspruchnahme eines Freibetrags auf die Steuerbemessungsgrundlage – **Unterschiedliche Behandlung von Gebietsansässigen und Gebietsfremden**

[17.10.2013, Rs C-101/12, Schaible](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Landwirtschaft** – Verordnung (EG) Nr 21/2004 – **System zur Kennzeichnung und Registrierung von Schafen und Ziegen** – Verpflichtung zur **elektronischen Einzeltierkennzeichnung** – Verpflichtung zur **Führung eines Bestandsregisters** – Gültigkeit – **Charta der Grundrechte** der Europäischen Union – **Unternehmerische Freiheit** – Verhältnismäßigkeit – Gleichbehandlung

B. Schlussanträge

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

17.10.2013, Beschwerde Nr. [27013/07](#), *Winterstein ua / Frankreich*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); gerichtliches Verfahren, um **Zwangsräumung** eines von **Roma und Sinti** bewohnten Gebietes zu veranlassen; fehlende Bedachtnahme auf die Dauer der bestehenden, von den **Behörden geduldeten Wohnverhältnisse**; kein Bau alternativer Wohnmöglichkeiten; Roma und Sinti als **gefährdete Minderheit**, auf deren Bedürfnisse von Behörden **besondere Rücksicht** genommen werden muss

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerbe-recht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungs-strafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.